

1 ÜBERSICHT

2 DER ANTRÄGE AN DEN ORDENTLICHEN UNTERBEZIRKSPARTEITAG DES 3 SPD-UNTERBEZIRKS WOLFENBÜTTEL AM 20.03.2021

4

Antrag Nr.	Thema	Empfehlung der Antragskommission
A 1	Einführung eines Insektenkatasters	Annahme Weiterleitung: KT-Fraktion BE
A 2	Subsidiaritätsprinzip	Annahme BE Sabine Resch- Hoppstock
A 3	Vorbehaltsgebiets Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage	Annahme BE Marcus Bosse
A 4	Förderung der Nachhilfe zum Ausgleich der Lerndefizite durch die Corona-Pandemie	Annahme BE Inga Dixon
A 5	Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen Standortvergleich	Annahme BE Marcus Bosse
A 6	UN „Agenda 2030“ auf allen Ebenen umsetzen	Annahme BE Sabine Resch- Hoppstock
A 7	Radwegebau in Niedersachsen	Annahme BE Sabine Resch- Hoppstock
A 8	Schülerbusverkehr sicherer gestalten	Annahme BE Sabine Resch- Hoppstock
A 9	Arbeitsgruppe Digitalisierung	BE Marcus Bosse

5

6 **ANTRÄGE AN DEN ORDENTLICHEN UNTERBEZIRKSPARTEITAG**
7 **DES SPD-UNTERBEZIRKS WOLFENBÜTTEL AM 20.03.2021**

8

9

10

11

12 **ANTRAG A 1**

13 **Einführung eines Insektenkatasters**

14

15 **Antragsteller: SPD-Unterbezirksvorstand**

16

17 Der Unterbezirksparteitag bittet die Kreistagsfraktion, den Landkreis zu beauftragen,
18 ein Insektenkataster anzufertigen, aus dem hervorgeht, auf welchen Flächen welche
19 Arten von Insekten in leben. Daraus soll abgeleitet werden, wie man einzelne Arten
20 konkret schützen kann.

21 Der Landkreis wird beauftragt, ein Wildbienenmonitoring auf ausgewählten Flächen
22 durchzuführen um den Bestand an Wildbienen zu erfassen.

23 Der Landkreis wird aufgefordert, den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot zu
24 schaffen, insektenschützende Maßnahmen bzw. die Bereitstellung von Blühflächen
25 etc. in das Insektenkataster mit einfließen zu lassen, um ein möglichst vollständiges
26 Bild zu erhalten.

27

28 **BEGRÜNDUNG**

29

30 Insekten gehören zu den ältesten und erfolgreichsten Bewohnern unseres Planeten
31 und haben eine Schlüsselrolle im Bestehen unzähliger natürlicher Nahrungsketten.
32 Zudem sind sie unverzichtbar für die biologische Kontrolle von Schadorganismen oder
33 den Abbau organischer Masse. Etwa 70% aller in Deutschland lebenden Tierarten sind
34 Insekten. Mehreren Berichten zufolge, wie zuletzt der Langzeitstudie des
35 Entomologischen Vereins Krefeld, ist die Insektenbiomasse in Schutzgebieten in den
36 letzten 30 Jahren um über 75%, im Grasland um durchschnittlich 75% und in
37 Waldgebieten um etwa 40% zurückgegangen. Auch die Vielfalt der Insektenarten hat
38 im selben Zeitraum stark abgenommen. Knapp 50% aller Insektenarten, für die eine

39 Rote Liste in Niedersachsen existiert, sind bereits jetzt in eine Gefährdungskategorie
40 eingestuft.

41 Dieser Rückgang ist Ausdruck unserer immer weiter von der Natur abgekoppelten
42 Lebensweise und zeigt deutlich: Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die mit dem
43 Insektenrückgang verbundenen Auswirkungen irreversibel. Der Bund hat im Jahr 2019
44 reagiert und mit dem "Aktionsprogramm Insektenschutz" einen ersten Schritt
45 unternommen. Das Land Niedersachsen unterstützt dieses Programm mit dem auf den
46 Weg gebrachten "Niedersächsischen Weg".

47 Wir wollen im Landkreis Wolfenbüttel noch einen Schritt weitergehen. Um dem
48 Insektensterben bestmöglich und zielgerichtet begegnen zu können, ist zuvor jedoch
49 eine genaue Bestandsaufnahme und Kartographierung notwendig. Diese kann im
50 Zusammenspiel von Landkreisverwaltung, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie
51 interessierten Bürgerinnen und Bürgern erstellt und gepflegt werden. Aus den
52 Ergebnissen dieser Bestandsaufnahme ergeben sich dann konkrete
53 Handlungsaufträge.

54

55 **Weiterleitung:**

56 Kreistagsfraktion

57

58

59

60

61 **ANTRAG A 2**

62 **Subsidiaritätsprinzip**

63

64 **Antragsteller: SPD-Unterbezirksvorstand**

65

66 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

67

68 Wir nehmen das Subsidiaritätsprinzip ernst und werden die frei gemeinnützigen und
69 anerkannten Träger in ihren Tätigkeiten unterstützen. Sie haben einen Vorrang in der
70 Übernahme staatlicher Leistungserbringung im Rahmen von Heranziehungen.

71

72 Die Aufgabenbeschreibung im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips schließt das
73 Einbringen von Eigenanteilen zur Übernahme dieser Aufgaben aus.

74 **BEGRÜNDUNG**

75

76 Die frei gemeinnützigen und anerkannten Träger (Wohlfahrtsverbände) sind eine
77 tragende Säule des Sozialstaates und vertreten einen Großteil der Zivilgesellschaft.
78 Ziel ihrer Tätigkeiten ist eine wirksame Ergänzung zum Wohle von Hilfesuchenden.
79 Die Grundlage des Handelns der öffentlichen und freien Träger fußt auf dem
80 Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet vereinfacht: Was der Einzelne aus eigener Kraft tun
81 kann, darf weder von einer übergeordneten Instanz noch vom Staat dominiert werden.
82 Die im Subsidiaritätsprinzip zum Ausdruck kommende Anerkennung sozialer Initiativen
83 sichert Vielfalt und damit das Wunsch- und Wahlrecht hilfesuchender Bürgerinnen und
84 Bürgern.

85

86 Die jeweils größere gesellschaftliche oder staatliche Einheit soll nur dann tätig werden,
87 wenn dieses geboten ist, weil eine kleinere Einheit dazu nicht in der Lage ist.
88 Staatliches Handeln hat die selbstständigen Organisationen und Verbände bei der
89 Erfüllung ihrer Aufgaben in geeigneter und angemessener Weise zu unterstützen und
90 zu fördern. Der Staat darf hiernach keine Aufgaben anstreben oder übernehmen, die
91 in gleichwertiger, geeigneter Weise durch selbstständige Organisationen oder
92 Verbände genauso geleistet werden könnten.

93

94 Aus diesem Grund muss gewährleistet werden, dass die Träger der freien
95 Wohlfahrtspflege auch weiterhin ihre Maßnahmen und Tätigkeiten flexibel, individuell
96 und bedarfsgerecht anbieten können – das ist unsere über viele Jahre hinweg
97 professionalisierte und erfahrene Kernkompetenz, die es zu schützen und zu
98 unterstützen gilt - ohne in Konkurrenz zum Staat zu stehen. Dieses Handeln entspricht
99 den sozialdemokratischen Leitlinien und muss flächendeckend umgesetzt werden.

100

101 **Weiterleitung:**

102 Kreistagsfraktion

103 Landtagsfraktion

104 Bezirksparteitag

105 Landesparteitag

106

107

108

109 **ANTRAG A 3**

110 **Antragsteller: SPD-Unterbezirksvorstand**

111

112 **Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei**
113 **Schandelah und Hondelage aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP)**
114 **streichen**

115

116 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

117

118 Der SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel fordert das Niedersächsische Ministerium für
119 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf, das Vorbehaltsgebiet
120 Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus
121 dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) zu streichen.

122

123

124 **BEGRÜNDUNG**

125

126 Die Gebiete mit Ölschiefervorkommen zwischen Schandelah, Hondelage und Flechtorf
127 sind aktuell im Landesraumordnungsprogramm (LROP) und im Regionalen
128 Raumordnungsprogramm (RRÖP) als "Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung"
129 ausgewiesen. Planungen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung,
130 Landwirtschaft und Verbraucherschutz, diese Gebiete als "Vorranggebiete
131 Rohstoffgewinnung" auszuweisen, wurden durch starken Widerstand in der
132 Bevölkerung sowie intensives Engagement von SPD-PolitikerInnen verhindert.

133 Gleichwohl widerspricht der derzeitige Status eines Vorbehaltsgebiets nicht dem Ziel,
134 die Energiewende voranzutreiben und den CO₂-Ausstoß zu verringern. Mit der Abkehr
135 von der Verbrennung fossiler Energie ist der Vorhalt des Ölschiefers als Reserve
136 unnötig. Die durch einen Abbau entstehenden Umweltschäden wären dramatisch und
137 stünden in keinem Verhältnis zum Gewinn. Die Ortschaft Schandelah ist zudem durch
138 den derzeitigen Status erheblich in ihrer weiteren Entwicklung eingeschränkt.

139 Die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung im LROP für die Ölschieferbestände im
140 Bereich Schandelah widersprechen den umwelt- und energiepolitischen Zielen der
141 SPD und sind daher zu streichen.

142

143

144 **Weiterleitung:**
145 SPD-Fraktion des RGB
146 Landtagsfraktion
147 Bezirksparteitag
148 Landesparteitag

149
150
151
152

153 **ANTRAG A 4**

154 **Antragsteller: SPD-Unterbezirksvorstand**

155

156 **Förderung der Nachhilfe von Studierenden der Ostfalia für die Schülerinnen und**
157 **Schüler im Landkreis Wolfenbüttel zum Ausgleich der Lerndefizite durch die**
158 **Corona-Pandemie**

159

160 Der SPD-Unterbezirksparteitag Wolfenbüttel möge beschließen:

161

162 Die SPD-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel setzt sich dafür ein, dass der Landkreis
163 Wolfenbüttel die Durchführung einer Nachhilfe zwischen Studierenden der Ostfalia und
164 den Schülerinnen und Schülern im Landkreis finanziell fördert. Hierbei sollen vorrangig
165 SchülerInnen, die aufgrund der Corona-Pandemie Unterstützung bei der Aufarbeitung
166 von Lerninhalten erhalten, berücksichtigt werden.

167

168 **BEGRÜNDUNG**

169

170 Durch die Corona-Pandemie ist es leider in ganz Deutschland und auch im Landkreis
171 Wolfenbüttel zu „Lerndefiziten“ aufgrund der Beschränkungen im Schulleben und
172 Alltag gekommen. Die Familien und insbesondere die SchülerInnen sollten nicht die
173 Leidtragenden sein und nach Möglichkeit durch den Landkreis unterstützt werden.

174

175 Daher soll der Landkreis die Studierenden der Ostfalia, die meist auch aufgrund der
176 aktuellen Pandemielage vor finanziellen Schwierigkeiten stehen, finanziell fördern,
177 wenn Sie für die Schülerinnen und Schüler Nachhilfe anbieten.

178

179 Das würde sowohl den Studierenden helfen als auch den betroffenen Schülerinnen
180 und Schüler eine Unterstützung bieten.

181

182 **Weiterleitung:**

183 Kreistagsfraktion

184

185

186

187

188 **ANTRAG A 5**

189 **Antragsteller: SPD-OV Schöppenstedt**

190

191 **Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen**
192 **Standortvergleich**

193

194 Um die im Schacht Asse II lagernden atomaren Abfälle nach der Bergung sicher zu
195 verwahren und für die Endlagerung vorzubereiten, ist die Errichtung eines
196 Zwischenlagers notwendig. Im Jahr 2020 wurde bekannt, dass die zuständige
197 Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ohne die Prüfung weiterer Standorte den
198 Bau dieses Zwischenlagers in unmittelbarer Nähe zur Asse-Schachanlage priorisiert.
199 Dies lehnen wir als unmittelbar betroffene AnwohnerInnen entschieden ab.

200

201 Wir fordern den Parteitag auf:

202 1. sich für die Prüfung weiterer möglicher Standorte für ein Zwischenlager
203 einzusetzen

204 2. sich beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
205 einzusetzen, dass die BGE den kompletten Standortauswahlprozess unter
206 maximaler Transparenz und mit der Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung
207 durchzuführen

208 3. sich auf Kreisebene dafür einzusetzen, dass der dringend benötigte
209 Beteiligungsprozess innerhalb der Asse II-Begleitgruppe fortgesetzt wird

210

211

212

213

214 **BEGRÜNDUNG**

215

216 Wir lehnen die Errichtung eines Zwischenlagers für die atomaren Abfälle aus der Asse
217 in direkter Nähe zum Asse-Schacht nicht grundsätzlich ab. Wir fordern von den
218 zuständigen Stellen eine Standortauswahl, die die größtmögliche Sicherheit für
219 Mensch und Natur bei gleichzeitiger Betrachtung der zu verursachenden
220 Umweltschäden zur Aufgabe hat. Dadurch, dass es keine weiteren Standortprüfungen
221 gab, fehlt es jedoch an der Vergleichbarkeit mit dem asse-nahen Standort. Um eine
222 abschließende Entscheidung treffen zu können, ist allerdings der Vergleich mit
223 anderen Standorten unabdingbar.

224

225 **Weiterleitung:**

226 Landtagsfraktion

227 Bundestagsfraktion

228 Landesparteitag

229 Bundesparteitag

230

231

232

233

234 **ANTRAG A 6**

235 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Erkerode-Veltheim**

236

237 **Die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele**
238 **auf allen Ebenen umsetzen**

239

240 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

241

242 Alle Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands setzen sich dafür
243 ein, die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele
244 auf allen Ebenen umzusetzen. Diese Ziele umfassen ökonomische, ökologische und
245 soziale Aspekte sowie deren Verknüpfungen miteinander.

246

247

248

249 **BEGRÜNDUNG**

250

251 Die unternehmerische Wertschöpfungskette stellt einen wichtigen Faktor der sozialen
252 Marktwirtschaft in Deutschland und weltweit dar. Die Sozialdemokratie kämpft dafür,
253 dass der wirtschaftlich orientierte Anteil dieser Kette nicht zu Lasten des sozialen
254 Anteils genutzt wird. In den modernen Gesellschaften besteht diese Gefahr
255 zunehmend, da weltweit operierende Firmen und Konzerne nach firmenintern
256 festgelegten Standards operieren oder aber die Standards den lokalen Gegebenheiten
257 ihrer jeweiligen Einzelstandorte anpassen und dabei die Menschenrechtscharta sowie
258 den Klimaschutz nur theoretisch umsetzen.

259 Ein praktisches Beispiel ist der Verbraucherschutz im Sinne dessen, dass bei allen
260 Produkten eine klare Erkennbarkeit von Ursprung, Herstellung und Entsorgung aller
261 Produkte gesichert sein muss, um dem Verbraucher eine fundierte Kaufentscheidung
262 zu ermöglichen. Verbraucherentscheidungen haben wirtschaftlich betrachtet die
263 höchste Einflussnahmemöglichkeit auf Unternehmen und deshalb besteht ein Recht
264 auf umfassende Information.

265

266 **Weiterleitung:**

267 Landesparteitag

268 Bundesparteitag

269

270

271

272

273 **ANTRAG A 7**

274 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Schöppenstedt**

275

276 **Radwegebau in Niedersachsen**

277

278 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

279

280 Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert, sich dafür
281 einzusetzen, dass die Landesmittel, die für den Bau von Radwegen an Landesstraßen
282 zur Verfügung stehen, für das Jahr 2022 und zunächst für die 5 folgenden Jahre
283 verdoppelt werden.

284 **BEGRÜNDUNG** erfolgt mündlich

285

286 **Weiterleitung:**

287 SPD Landtagsfraktion

288

289

290

291

292 **ANTRAG A 8**

293 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Schöppenstedt**

294

295 **Schulbusverkehr sicherer gestalten**

296

297 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

298

299 Die SPD-Fraktion im Kreistag und die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
300 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Bestimmungen und Richtlinien
301 für den Transport von Kindern und Jugendlichen im „Schulbusverkehr“, zu
302 Kindertagesstätten und Schulen geändert werden. Die Änderungen sollen derart
303 gestaltet werden, dass für alle Kinder / Jugendlichen immer ein Sitzplatz im Schulbus
304 zur Verfügung steht. Es muss auch durch den Schulträger oder / und durch die
305 beauftragten Busfirmen immer geeignetes Personal zur Verfügung stehen, um den
306 Busbetrieb angemessen zu koordinieren und zu kontrollieren.

307 Sollte eine Änderung der Richtlinien und Bestimmungen auf Landesebene nicht
308 möglich sein, so wird die Fraktion der SPD im Landkreis Wolfenbüttel aufgefordert,
309 dafür Sorge zu tragen, dass im Haushalt des Landkreises zusätzliche Mittel
310 bereitgestellt werden, um die Ziele des Antrages zu erreichen.

311

312 **BEGRÜNDUNG** erfolgt mündlich

313

314 **Weiterleitung:**

315 SPD Kreistagsfraktion Wolfenbüttel

316 SPD Landesparteitag

317 SPD Landtagsfraktion Niedersachsen

318

319 **ANTRAG A 9**

320 **Antragssteller: SPD-Ortsverein SAWA**

321

322 **Arbeitsgruppe Digitalisierung**

323

324 Der Unterbezirksparteitag möge die Einrichtung einer **Arbeitsgruppe Digitalisierung**
325 mit dem Ziel beschließen, die vorhandenen digitalen Strukturen zu evaluieren sowie
326 die mögliche Einführung weiterer digitaler Instrumente zu prüfen.

327 Ein Ergebnis soll bis Ende 2021/Anfang 2022 vorliegen und auf einem ordentlichen
328 Parteitag vorgestellt und/oder beschlossen werden.

329 Sollten es aufgrund von Ergebnissen der Projektgruppen notwendig sein, E-Mails an
330 SPD-Mitglieder des Unterbezirks Wolfenbüttel zu versenden (z.B. für Umfragen), dann
331 wird dieses durch die Geschäftsstelle sichergestellt.

332 Jedes SPD-Mitglied im Unterbezirk Wolfenbüttel und darüber hinaus kann Mitglied
333 dieser Projektgruppe sein. Jedes SPD-Mitglied im Unterbezirk Wolfenbüttel und
334 darüber hinaus kann den aktuellen Status erfragen.

335

336 **BEGRÜNDUNG**

337

338 Für agiles Arbeiten in kleinen und großen Teams ist es immer wichtiger, geeignete
339 Tools zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es wichtig, Inhalte und Dokumente jederzeit
340 und auf möglichst vielen Endgeräten zur Verfügung zu haben, um gemeinsam
341 bearbeitet werden zu können. Das Ganze sollte sicher und nach den Maßgaben der
342 DSGVO erfolgen.

343 Aktuell nutzt nahezu jedes Gremium andere Tools (Office365, Dropbox, Google Drive,
344 OneDrive, Amazon Drive, Magenda Cloud, WhatsApp, Telegramm, Signal, div. E-Mail
345 Listen+Adressen, ...). Diese vielen Tools sind oftmals durch einzelne Personen,
346 aufgrund eines Mangels von Alternativen, eingeführt worden und werden weiterhin
347 betrieben. Viele dieser Tools sind nicht DSGVO konform und aufgrund der
348 Personalisierung nicht nachhaltig.

349 Zudem führt ein Wechsel oder Ausscheiden von in Verantwortung stehenden
350 Personen immer wieder zu einem Wissens- und Erfahrungsverlust. Durch offenes und
351 transparentes Arbeiten mit diesen Tools kann dieses abgemildert werden. Dabei gilt
352 es, vor allem neuen GenossInnen den Einstieg in die Partei und Gremienarbeit
353 möglichst einfach zu gestalten.

354 In der aktuellen Corona-Krise hat sich zudem gezeigt, dass es immer wichtiger wird,
355 auch durch neue Arten der Kommunikation Anträge, Konzepte und ähnliches zu
356 entwickeln, abzustimmen und auch nur zu diskutieren.
357 Durch die heutigen Möglichkeiten von sogenannten „Collaboration und Groupware“
358 Lösungen ist es möglich, mit wenig Aufwand und begrenztem Budget dieses zu
359 erreichen. Dabei lassen sich auch die Gesamtkosten mit einem gemeinsamen Konzept
360 für alle minimieren.